

## Arbeit sozial gerecht gestalten

### Forderungen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands an die neue Bundesregierung

Die KAB setzt sich engagiert für Arbeit und Leben in Würde und Solidarität ein. Mit ca. 80.000 Mitgliedern setzt sich der große katholische Sozial- und Berufsverband für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt ein.

In den kommenden Jahren werden wichtige Weichen für die Zukunft der Arbeitswelt gestellt. Die Klimakrise, der Weg aus der Corona-Pandemie und die Herausforderungen der Digitalisierung beschreiben hier die wichtigsten Eckpunkte. Die nächste Bundesregierung fordern wir deshalb zum zukunftsorientierten Handeln auf.

1. Die Neufestsetzung eines Mindestlohns auf 12,00 Euro/Stunde ist für die KAB, die derzeit einen Mindestlohn von 14,09 Euro/Stunde fordert, der richtige Schritt in einen armutsfesten Lohn. Die Verantwortung anschließend wieder der Mindestlohnkommission zu übergeben, halten wir für richtig. In der Arbeit der Kommission ist eine strenge Anbindung an die Lohnentwicklung zu vermeiden. Bei der regelmäßigen Erhöhung des Mindestlohns müssen Aspekte des Gemeinwohls, der gesellschaftlichen Teilhabe und der Armutsvermeidung berücksichtigt werden.
2. Eine Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze lehnen wir ab. Einkommen muss auch zur sozialen Sicherung beitragen und darf nur bei Schüler\*innen und Student\*innen sozialversicherungsfrei sein. Die einst als Übergangslösung entwickelte Form des Minijobs soll auslaufen. Mit einer Erhöhung sind Ausweitungen zu erwarten. Eine Anpassung der Sozialversicherungsbeitragspflicht bei Niedriglöhnen ist hier die bessere Alternative.
3. Experimente bei der Arbeitszeit sind eine sensible Problematik. Zum einen ist die Maximalzeit der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit aus Arbeitsschutzgründen klar definiert und arbeitsphysiologisch begründet. Schutz vor Selbstausbeutung muss gewährleistet bleiben. Darüber hinaus ist eine kollektiv freie Zeit von hoher kultureller und gesellschaftlicher Bedeutung. Der arbeitsfreie Sonntag ist eine 1700 Jahre alte Errungenschaft, die weiter unter dem Schutz des Grundgesetzes stehend, nicht aufgeweicht werden darf. Nur wenn gemeinsam erlebbar freie Zeiten zur Verfügung stehen, ist Raum für privates und soziales Leben möglich.

4. Im Rahmen der Alterssicherung sind weitere Anstrengungen zur Abwendung von Altersarmut nötig. Nur eine echte Grundrente bietet einen Schutz vor Altersarmut und bildet Vertrauen in die gesetzliche Rente. Hier müssen in den kommenden vier Jahren unbedingt konkrete Schritte entwickelt werden. Die bereits angedachte Einbeziehung von Selbstständigen in die Rentenversicherung ist nun umzusetzen und auch die Altersversorgung von Politiker\*innen sollte in der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen. Die Absicherung des Rentenniveaus über den Kapitalmarkt sehen wir als kritisch an. Neben den Unsicherheiten des Marktes besteht die Gefahr, dass durch Renditeerwartungen auch Arbeitsplätze und damit die Grundlage des Rentensystems in Frage gestellt werden.

5. In der alternden Gesellschaft stellt die Pflege von Alten und Kranken eine der großen Herausforderungen dar. In der Corona-Pandemie sind die Missstände in diesem Bereich deutlich geworden. Nur angemessene Arbeitsbedingungen, eine gute Entlohnung und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten werden die nötigen Bedarfe an Pflegerinnen und Pflegern sicherstellen. Gesetzliche Vorgaben müssen eine zukunftsfähige Pflege sicherstellen. Ein allgemeingültiger Pflegetarif darf nicht an Systemfragen scheitern.

Aus christlichen Werten sollen Taten werden. Dazu fordern wir die neue Bundesregierung auf. Dafür werden wir uns jetzt und in den kommenden vier Jahren aktiv einsetzen.

Beschluss des Bundesausschusses der KAB Deutschlands e.V. am 14.11.2021